Die SPS als konstruktive Opposition : sind wir wirklich unbequem?

Autor(en): **Kaufmann, Michael**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **65 (1986)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340359

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sind wir wirklich unbequem?

Von Michael Kaufmann, Mitglied der GL der SPS

Das Modewort der letzten Jahre heisst «Wende». Die Linke spricht ebenso von Wertewandel, neuem Bewusstsein, neuer Politik, wie die Rechte die Wende weg vom sozialen Staat zurück zur Ellbogengesellschaft, zu mehr Freiheit und weniger Staat verspricht. Dies ist auch in der Schweiz so, wo die SP als stärkste linke Kraft sich daran gemacht hat, ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat zu überdenken und mit neuen politischen Inhalten zu untermauern. Dafür stehen das Bekenntnis zu einer «schampar unbequemen SP» und zur rotgrünen Politik.

Konstruktive Opposition

Die erste Nagelprobe für die neue SP-Rolle wird dieses Frühjahr im Kanton Bern stattfinden. Nachdem die SPS 1984 nach ihrem Grundsatzentscheid für die Regierungsbeteiligung die unbequeme Politik versprochen hat, haben nun die Berner Sozialdemokraten im krisengeschüttelten Staate Bern für die kommenden Wahlen «Politik statt neue Köpfe» und Regierungsverantwortung als «konstruktive Opposition» versprochen. Das tönt ganz nach «Verantwortung statt Verweigerung», wie es der SPD-Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, als Alternative zur zum ewigen, sich totlaufenden NEIN der grünen Fundamentalisten formuliert hat. Nun mangelt es uns Sozialdemokraten und unseren Vorsitzenden an grossen Worten nicht, die Umsetzung in die Tat, in die politische Praxis ist hier schon eher das Problem. Oder, Hand aufs Herz, war die SPS in den letzten zwei Jahren wirklich so unbequem, hat sie ihre konstruktive Oppositionsrolle wirklich bewusst und gezielt ausgespielt? Wirkt die Partei für den Bürger tatsächlich als politische Kraft ausserhalb des Regierungs- und Machtsumpfs? Sind unsere Bundesräte, Regierungsräte, Verwaltungsräte, sind unsere Parlamentarier wirklich gut unterscheidbar von all den anderen Vertretern unseres gerühmten Konkordanzsystems?
Sicher, wir haben politisch-inhaltlich einiges zu bieten. Die SP steht für konsequenten Umweltschutz, für gerechte Sozialpolitik, für die Erhaltung eines Liberalismus im eigentlichen Sinne dieses ideologisch so falsch besetzten Wortes. Doch kauft man uns das ab, wenn wir gleichzeitig brav am prickelnden Champagnerglas des Kollegialitätspringzips mitnippen? Gibt es da nicht einen Graben zwischen dem politischen Anspruch und dieser Art von Regierungsbeteiligung?

In der Regierung ja, aber . . .

Damit ist nicht die Regierungsbeteiligung grundsätzlich in Frage gestellt, sondern gefragt, wie und unter welchen Bedingungen wir mitmachen. Wie diese konstruktive Opposition aussehen muss, damit wir nicht in den Verdacht fallen, ein geschwätziger Papiertiger zu sein. Sicher hängt das oppositionelle Verhalten der SP nicht nur von den Exekutivemitgliedern ab. Es wäre zu kurz gegriffen, unsere Regierungsmitglieder allein verantwortlich für politische Bequemlichkeit zu machen. Solange die Partei, ihre Delegierten, ihre politischen Führungsorgane, nicht in der Lage sind, neue Politik zu definieren, ihre Regierungsmitglieder damit zu bestücken, fehlt der Grundstein für die neue SP-Rolle.

Während dies die Partei sowohl auf nationaler, als auch kantonaler Ebene in den 70-er Jahren anhand der neuen politischen Fragen geschafft hat - Atomkraft, Umweltpolitik, Verkehrspolitik - sieht es momentan eher nach Flaute aus.

Es wird zwar geschimpft gegen die Durchlöcherung der AHV, gegen die zweite und die dritte Säule, gegen die Revision des Asylgesetzes, irgendwo fehlt aber der politische Wille zur Durchsetzung, zur wirklichen Konfrontation. Bei den Vertrauensleuten der Partei herrscht eine gewisse Bequemlichkeit. Die 68-er Generation ist auch schon ein wenig etabliert und ruht sich auf den Lorbeeren der 70-er Jahre aus. Der Parteitag der Berner SP vom 15. Februar hat dies sehr deutlich gemacht. Mit einer gewissen Selbstzufriedenheit und ohne grossen politischen Anspruch hat man die drei bisherigen und teilweise in der Öffentlichkeit angeschlagenen SP-Regierungsräte wieder aufgestellt. Das Resultat war überaus eindeutig, von 24 Voten waren nur einige wenige politisch-grundsätzlich, nur zwei Frauen sprachen, des einzigen Jugendlichen Worte nahm niemand so recht zu Herzen. (Damit ist nicht der Entscheid des Berner Parteitags in Frage gestellt, sondern bloss die Art, wie er zustande kam).

Biedere SP-Behäbigkeit

Dieser Zustand der «biederen Behäbigkeit», wie ihn Lafontaine für die heutige SPD umschreibt, muss ändern, wenn wir von unseren Regierungsvertretern ein zu den Bürgerlichen distanziertes Verhalten verlangen. Dazu ist die Rolle der Parteiorgane von grosser Bedeutung. In Fachkommissionen und in den politischen Organen müssen die neuen Schwerpunkte konkretisiert und möglichst lückenlos zu unseren Exekutivmitgliedern weitertransportiert werden. Das heisst gezielte Arbeit, Zusammenarbeit, Kommunikation. Nur wenn wir in bestimmten Fragen sehr eng mit unseren Leuten in der Regierung zusammenarbeiten, sie wirklich in die Parteiarbeit einbinden, sind sie in der Lage, in der Regierung Opposition zu machen und diese herauszutragen. Gerade so wichtig ist aber auch der Aufbau einer neuen Bewegtheit innerhalb der Partei. Wir müssen wieder zur Agitation zurückkehren, zur politischen Bildungs- und Kampfarbeit dort, wo die Betroffenen wirklich sind. Wir müssen unseren Leuten klar machen, dass die bequemen Zeiten der Wachstums- und Wohlstandsgesellschaft vorbei sind, dass von Seiten der Bürgertums Angriffe auf den Fortschritt organisiert werden, die wir bekämpfen müssen. Dass es aber auch den neuen Fortschritt, die Lebensqualität und humanisierte Arbeit zu erringen gilt. Diese Erkenntnisse müssen jetzt von den Köpfen der SP-Funktionäre und Mandatäre hinab an die Basis getragen werden.

Fragwürdige Kollegialität

Wenn unseren Regierungsmitgliedern der Rücken durch gute Partei- und Fraktionsarbeit gestärkt ist, werden sie auch in der Lage sein, aus einer stärkeren Position in den mehrheitlich bürgerlichen Exekutiven Politik zu machen. Dabei sollte es möglich werden, das Kollegialitätsprinzip vermehrt in Frage zu stellen. Diese heilige Kuh der schweizerischen Konkordanzdemokratie ist wesentlich mitschuldig für das angeschlagene Image der SP. Parteimitglieder, aber vor allem SP-Wähler, begreifen einfach nicht, dass die Partei die eine Meinung vertritt und das SP-Regierungsmitglied eine andere. Mit einer gewissen Relativierung des Kollegialitätsprinzips sollte es möglich werden, dieses verwirrliche Doppelimage der SP im Sinne eines einheitlicheren Auftretens aufzuheben. Zumindest dort, wo wichtige politische Forderungen der SP tangiert sind - in der Energiepolitik, der Umweltpolitik, der Sozialpolitik - sollten unsere Exekutivmitglieder vermehrt in Ausstand treten. Das auch, wenn sie dabei bei ihren bürgerlichen Kollegen in Ungnade fallen: die Nähe zur Partei ist erste Priorität. Erst dann kommen die lieben Regierungskollegen!

Neue Bündnispolitik und Proporz

Letzter Grundstein einer neuen SP-Rolle müsste eine andere Bündnispolitik sein. In der Regel treten wir immer mit den anderen grossen bürgerlichen Parteien auf, dies auch, wenn wir politisch-inhaltlich nicht dazugehörten. Wenn wir politischen Anspruch und Regierungsverhalten in Einklang setzen wollen, muss unsere Bündnispolitik anderswo ansetzen.
Immerhin haben die 70-er Jahre neue politische und soziale Bewegungen gebracht, denen die SP-Politik inhaltlich weit näher steht als jene der institutionellen Bürgerlichen. Die SP hat es heute in der Hand, die führende Partei der links-liberalen Bewegung zu werden, die heute gegen das politische Machtkartell anrennen. Viel wichtiger als Regierungsparteiengespräche - auf Bundesebene im von Wattenwylhaus - wären im Moment Gespräche mit den kleinen linken, grünen und linksliberalen Parteien, mit den Umweltorganisationen, mit den AKW-Gegnern, mit den Kleinbauern, mit der Frauenbewegung, mit . . .
Randbedingung einer derartigen SP-Politik gegen das Polit-Establishment wäre, zumindest auf kantonaler Ebene, die Proporzwahl in der Regierungswahl. Mit diesem Wahlsystem ist es möglich, nicht von bürgerlichen Gnaden in der Regierung zu sein, sondern aus eigener Kraft mit einem ganz bestimmten politischen Anspruch. Die SP-Proporzinitiative im Kanton Bern wird deshalb Pilotwirkung für ein anderes SP-Verhältnis zur Regierungsbeteiligung haben.
Die SP muss diese Frage nun an die Hand nehmen. Es gilt jetzt eine wirkliche Strategie der konstruktiven Oppositionsrolle aufzubauen, denn wir sollen die Wende nicht der Rechten überlassen und selber bei schönen Worten - und Utopien bleiben. Der entpolitisierte SVP-Slogan «Taten statt Worte» müsste von der SP jetzt politisiert und zu «Taten nach Worten» umformuliert werden. Denn die Worte waren wichtig, nur darf es nicht dabei bleiben.